

Rainer Borsdorf

Juden in Thüringen

Vom Kaiserreich
bis zum Ende der DDR



Rainer Borsdorf

Juden in Thüringen

**Vom Kaiserreich
bis zum Ende der DDR**

Titelbild: Jüdische Schüler einer Schulklasse in Vacha (bei Bad Salzungen) um 1922. Sammlung Olaf Ditzel, Vacha (Atelier Rupprecht)

Rainer Borsdorf, M.A., Historiker und Journalist. Mehr unter:
www.juedischespuren.de

Anmerkungen: Ich verwende in diesem Buch der besseren Lesbarkeit halber durchgehend die grammatikalisch maskuline Form. Unter »Thüringen« wird stets das Gebiet des heutigen Freistaates verstanden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lztthueringen.de
2024

ISBN: 978-3-910740-19-8

Inhalt

Einleitung	7
Diaspora, Vertreibung und Wiederansiedlung: Vor der Gründung des Kaiserreichs	9
Bürgerrechte und Emanzipation: Kaiserreich (1871–1918)	
Gesellschaft und Migration	15
Thüringer Besonderheiten	17
Ende der Diskriminierung?	19
Wirtschaft und Beruf	19
Bildung und Erziehung	23
Alltag	24
Vereine	26
Religion	27
Gefährdete Gleichberechtigung: Weimarer Republik (1918–1933)	
Stadt- und Landgemeinden	31
Berufe	32
Familienleben	33
Politik	35
Religiöses Leben	37
Freizeit und Geselligkeit	38
Kultur	41

Beiträge zu Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft

Die Familie Tietz (Gera)	43
Kaufhaus »Römischer Kaiser« (Erfurt)	44
Berlin-Erfurter Maschinenfabrik Henry Pels & Co.	44
Kunst- und Handelsgärtnerei Ernst Benary (Erfurt)	45
M. & L. Hess Schuhfabrik AG (Erfurt)	46
Bankhaus B. M. Strupp/ Bank für Thüringen AG (Meiningen)	47
Moritz Goldschmidt (1863–1916)	47
Felix Auerbach (1856–1933)	48
Mordko Herschkowitsch (1868–1932)	49
Richard Engelmann (1868–1966)	49

Bedeutende Gemeinden bis 1938

Erfurt	51
Gera	53
Nordhausen	54
Eisenach	56
Meiningen	57
Gotha	59
Mühlhausen	59

Hetzen, Lügen, Diffamieren: Antisemitismus 1871–1933

Adolf Bartels (1862–1945)	63
Artur Dinter (1876–1948)	65
Max Robert Gerstenhauer (1873–1940)	66
Paul Langhans (1867–1952)	67
Georg Stammler (1872–1948)	67
Deutschbund	68
Deutschsoziale Partei/ Deutsche Reformpartei/ Deutschsoziale Reformpartei (DSRP)	69

Entrechtet, verfolgt, ermordet:

NS-Regime und Shoah (1933–1945)

Unausweichliches Schicksal?	71
Wohnen	73
Alltag	74
Familienleben	75
Bildung	76
Beruf und Arbeit	77
Gemeinden und Religion	79
Emigration	80
Deportation	81
Ghetto Bežyce	81
Ghetto Theresienstadt	83

Zwischen Idealen, Anpassung, Resignation und Emigration:

SBZ und DDR

Situation in der SBZ/DDR insgesamt	85
»Wiedergutmachung«	87
Von der Integration zur Ausgrenzung und Verfolgung	89
Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)	91
Die Entwicklung in Thüringen	93
Antisemitismus/ Antizionismus	96
Personen	99

Jüdische Heimstatt: Israel

103

Das Kaufhaus Sandler-Gronner (Ilmenau)

Familie Sandler	107
Familie Gronner	108
Das Kaufhaus Sandler-Gronner	109
Shoah	111

Eine Weltmarke und ihre Schöpfer: Simson (Suhl)	
Die Unternehmerfamilie	115
Fordismus im Thüringer Wald?	
Die Zeit von 1890 bis 1918	117
Ein erfolgreiches Unternehmen	119
Während der Weimarer Republik 1918–33	121
Geheime Wiederaufrüstung 1921–28	122
Von den Nazis betriebene Enteignung 1927–1935	123
Familie Heilbronner (Erfurt)	
Josef Heilbronner	129
Marie Heilbronner geb. Weil	130
Familie Heilbronner	131
Hans (Chanan) Heilbronner	132
Eduard Rosenthal (1853–1926)	
Situation in Jena	135
Eduard Rosenthal	135
Clara Fanny Rosenthal, geb. Elstaedter (1863–1941)	139
Interview mit Wolfgang Nossen	141
Literatur	145
Online-Ressourcen	148
Benutzte Archive	148

Einleitung

Antisemitismus – gleich ob von rechts, von links oder muslimisch motiviert – ist ein Problem, und zwar nicht nur für die davon betroffenen Juden. Er untergräbt mit seiner Demagogie und Hetze die Grundfesten einer offenen, demokratischen Gesellschaft: »Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.« »Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.«

Diesen Sätzen stimmen in Thüringen – je nach Jahr und Fragestellung – bis zu 33 % der Bevölkerung zu. Nachzulesen ist das im »Thüringen-Monitor«, einer Bevölkerungsumfrage, die seit dem Jahr 2000 jährlich in Thüringen durchgeführt wird.

Beiden Aussagen und den hinter ihnen stehenden Menschen ist eines gemeinsam: Sie eint ein Unbehagen, eine Abneigung gegen alles, was als »jüdisch« angesehen wird – bis hin zum offenen Judenhass. Diese Abneigung und dieser Hass haben eine mehr als zweitausendjährige Geschichte, die mit der Vertreibung und Ermordung von Juden aus Jerusalem im Jahre 70 n.Chr. durch die römische Besatzungsmacht begann und sich im Antijudaismus der christlichen Kirchen – nicht zuletzt in den Kreuzzügen des Mittelalters – fortsetzte.

Ihren traurigen, mörderischen Höhepunkt fand diese Tradition im Nationalsozialismus, der mit der Shoah den staatlich organisierten Massenmord an Juden in ganz Europa vollzog – aus dem einzigen Grunde, weil sie Juden waren bzw. das NS-Regime sie dafür hielt. Häufig geschah das unter den Augen und mit dem Beifall großer Teile der örtlichen Bevölkerung – auch in Thüringen.

Doch auch nach 1945 hörte der Antisemitismus nicht auf: In der SBZ/DDR wie in ganz Osteuropa und der Sowjetunion

herrschte ein ausgeprägter Antizionismus, und heute versteckt sich die Aversion gegen alles Jüdische gerne hinter »Israel-Kritik«.

Wie die Shoah sich im Einzelnen vollzog, ist bereits in zahlreichen Publikationen erörtert worden. Die vorliegende Publikation legt das Augenmerk stattdessen verstärkt darauf, wie Menschen jüdischen Glaubens in Thüringen lebten und welche teils herausragenden Leistungen sie fürs Gemeinwohl erbrachten. Schier unermesslich erscheint der Verlust, der durch die versuchte Auslöschung alles »Jüdischen« entstand.

Diaspora, Vertreibung und Wiederansiedlung: Vor der Gründung des Kaiserreichs

Vor der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 rührte die häufige jüdische Wanderschaft nicht nur von den wenigen erlaubten Berufen her, sondern auch vom fehlenden gesetzlichen Aufenthaltsrecht: Die deutsche Staaten konnten grund- und fristlos Juden ausweisen oder ihnen die Niederlassung verweigern. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts durften sie daher in Städten oft überhaupt nicht wohnen – und auf dem Lande nur gegen Zahlung hoher Extrasteuern (»Schutzzölle«).

Wie kam es zur die jüdische Diaspora – d. h. der Zerstreuung aus dem biblischen Israel in die ganze Welt? Als im Jahre 66 n. Chr. jüdische Aufständische gegen die Zwangszahlungen der römischen Besatzer unter Kaiser Nero in Judäa und Galiläa (Teilen des heutigen Israel) aufbegehrten, kam es zum Jüdischen Krieg, der bis 74 n. Chr. andauerte. Den Römern unter ihrem Anführer Vespasian gelang es, den Aufstand niederzuwerfen. Anschließend zerstörten sie das wichtigste jüdische Heiligtum, den Tempel in Jerusalem, und nahmen grausame Rache: Vespasian ließ alle von ihm eroberten jüdischen Städte und Dörfer niederbrennen; die Bewohner wurden ermordet. Die Überlebenden wanderten anschließend größtenteils aus; ab dem Ansiedlungsverbot durch Kaiser Hadrian 135 n. Chr. waren sie dazu gezwungen – die jüdische Diaspora begann.

Für die Juden, die ins Heilige Römische Reich deutscher Nation auswanderten, lag der Schutz zunächst in den Händen von Königen und Kaisern, deren Leibeigene sie zumeist waren. Erst im Spätmittelalter wurde ihr Schutz den immer mächtiger werdenden Landesherrn der deutschen Fürstentümer übertragen.

Über Jahrhunderte waren Juden vor allem als (Fern-)Händler und Geldverleiher tätig, was mehrere Gründe hatte: Spätestens ab 1179 bezeichnete die christliche Kirche das Zinsnehmen als »Verbrechen«. Grundbesitz, Landwirtschaft und zünftiges Handwerk waren Juden verwehrt. Und aufgrund ihrer häufigen Vertreibungen waren sie auf leicht zu transportierendes Vermögen angewiesen, also Geld oder Schmuck. Alle anderen, teils über Jahrhunderte bis heute kolportierten Behauptungen von einer »besonderen Affinität des Juden zum Geld« sind nichts als antisemitische Vorurteile.

Der ab ca. 1500 einsetzende Epochenwechsel vom Mittelalter zur Neuzeit hatte auch Auswirkungen auf die Juden in Mitteleuropa: Bis dahin hatten sie mehrheitlich in Städten – den Handelszentren – gelebt, wo sich auch ihre religiösen und kulturellen Zentren befanden. Doch innerhalb weniger Jahrzehnte wurden sie von hier massenhaft vertrieben. Sie wanderten zahlreich nach Italien und Osteuropa aus; einige ließen sich verstreut im ländlichen Raum nieder – ohne gemeindliche Strukturen. Das Judentum im Reich war dadurch lange Zeit in einer tiefen kulturellen und religiösen Krise.

In Thüringen vollzog sich eine ganz ähnliche Entwicklung: Nach dem Pogrom von Weißensee (1303) löste die Pest 1348/49 eine regelrechte Pogromwelle aus, die die Gemeinden in Erfurt und nahezu in ganz Thüringen auslöschte; die Überlebenden flohen nach Osteuropa. Noch um 1400 gab es immerhin 37 Orte mit jüdischer Bevölkerung – davon vermutlich 16 echte Gemeinden. Doch 1436 verfügte Friedrich IV. (»der Friedfertige«), Markgraf von Meißen und Landgraf von Thüringen, die Juden »auf ewig des Landes zu verweisen«. Hintergrund waren Naturkatastrophen sowie damit verbundenen Missernten und Hungersnöte, für die man nur zu gerne die Juden verantwortlich machte. Und nach einem erneuten Erfurter Pogrom um 1453 gab es nur noch 18 Siedlungen, davon drei Gemeinden.

Schon 1520 sind nur noch an einem einzigen Ort Juden nachweisbar. Auch Johann Friedrich »der Großmütige«,

Kurfürst von Sachsen, erneuerte 1536 und 1543 das Ausweisungsmandat. Bedingt durch die teils judenfeindliche Atmosphäre der Reformationszeit (auf dem Höhepunkt verfasste Martin Luther 1543 »Von den Juden und ihren Lügen«), waren tolerante Ansichten gegenüber den Juden im 16. Jahrhundert die absolute Ausnahme unter deutschen Fürsten. So kam es, dass sich Juden tatsächlich für die nächsten rund 350 Jahre nicht in Thüringen ansiedelten. Versuchten sie es dennoch, wurden sie meist innerhalb kurzer Zeit wieder vertrieben, so im Eichsfeld 1625 und 1701.

Vereinzelt wurde Juden gegen ein Schutzgeld das befristete Bleiberecht gewährt, so in Hildburghausen (1680), Sondershausen (1695), Dreißigacker bei Meiningen (1716), Immenrode bei Sondershausen (1721) und Rudolstadt (1776).

Einzige längerfristige Ausnahme bildeten einige Dörfer im Südwesten Thüringens: Hier sicherten sich die Reichsritter ihr finanzielles Überleben, indem sie Juden gegen ein jährlich zu zahlendes »Schutzgeld« erlaubten, sich in ihren Dörfern anzusiedeln. Diese lebten dann meist dichtgedrängt in Gebäuden, die dem Dorfherrn gehörten; eigener Hausbesitz war nicht gestattet. So entstand ein Landjudentum, das teils bis Ende 19. Jahrhundert Bestand hatte. Zu nennen sind dabei die Orte Aschenhausen, Bauerbach, Berkach, Bibra, Gehaus, Geisa, Gleicherwiesen, Marisfeld, Schwarza (bei Meiningen), Simmershausen, Stadtlengsfeld, Vacha, Völkershausen und Walldorf.

Die rechtliche Emanzipation gestaltete sich äußerst langwierig: Nach der Besetzung großer Teile Deutschlands durch Napoleonische Truppen 1806 erhob der Code Napoléon die Juden zwar im *Preußischen Thüringen*, d. h. in Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen und dem Eichsfeld zu gleichberechtigten Staatsbürgern, aber die übrigen Kleinstaaten nahmen die vom französischen Kaiser ausgesandten Zeichen einer »Gleichberechtigung für alle« nur zögerlich und teils widerwillig auf.

Wie reagierten die übrigen thüringischen Fürstentümer? Im *Herzogtum Sachsen-Meiningen* forderte 1811 ein

Alt-Meiningisches Patent, bevor man Juden alle Rechte einräume, »...daß sie sich durch bessere Bildung und eine veränderte Nahrungsweise hierzu erst gehörig qualificiren müssen.« Das entsprechende Gesetz wurde denn auch erst 1856 verabschiedet, und erst ab 1868 – dem Wegfall der Zuzugsbeschränkungen für die Residenzstadt Meiningen – gab es die nominelle Gleichberechtigung.

Das *Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach* erließ 1823 eine Judenordnung (1833 ergänzt), die Hebräisch selbst im Gottesdienst verbot. Immerhin wurde der sonst allgemein übliche »Judenleibzoll« (Juden wurden beim Grenzübertritt wie Vieh oder Sachwerte verzollt) abgeschafft, aber erst nach massivem Protest durch die Rothschild-Familie in Frankfurt/Main.

Das *Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha* erließ 1850 eine Judenordnung, die zwar noch keine vollständige, aber immerhin eine weitgehende Gleichstellung ermöglichte.

Die *Herzöge von Sachsen-Hildburghausen* hatten noch 1725 Juden aus ihrer Exklave Königsberg/Franken ausgewiesen, erließen 1814 aber ein Judenmandat. Doch in ihrer neuen Residenzstadt Altenburg verweigerten sie sich 1826 jeglicher Judenemanzipation und verfügten noch 1864 Zuzugs- und Handelsverbote. Ähnliches geschah in den *Reußischen Fürstentümern*.

Im *Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen* erreichte ein 1815 erlassenes Gesetz ein ähnliches Niveau wie die erwähnten Judenordnungen. Jedoch hob noch 1841 ein Landesgrundgesetz die Beschränkungen für Juden nicht auf.

Das *Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt* verabschiedete 1856 ein »Gesetz zur Regelung der staatskirchenrechtlichen Stellung der Juden«.

Resümierend lässt sich sagen: Bei keinem der thüringischen Staaten kann von echter, fortschrittlicher Juden-Gesetzgebung gesprochen werden. Aus jeder Familie durfte nur ein Sohn heiraten, die übrigen wanderten vielfach in die USA aus. Der Staat schrieb außerdem das Anlegen von öffentlichen Mikwen und ortsnahen Friedhöfen vor; die jüdischen Gemeinden

selbst hatten ihrerseits ein lebhaftes Interesse an der Errichtung von Synagogen und Schulen.

Wie entwickelte sich die Zahl jüdischer Einwohner in Relation zur Gesamtbevölkerung in dieser Zeit? Um 1800 lebten Juden auf dem Gebiet des heutigen Freistaats zumeist als Landjuden in Südthüringen, besonders in der Rhön. 1864 zählte man die bescheidene Zahl von 3.178 jüdischen Einwohnern. Bis 1871 wuchs sie nur unwesentlich auf 5.150 an, um 1910 ihren »Spitzenwert« von 6.124 Einwohnern zu erreichen. Doch auch das entsprach gerade einmal 0,3 % der Gesamtbevölkerung und stand in keinem Verhältnis zur antisemitischen Propaganda, die zu dieser Zeit in Thüringen schon in regelrechter Blüte stand. Durch Überalterung, Wegzüge und Gemeindeausstritte verringerte sich die Zahl jüdischer Thüringer bis 1925 wieder auf 5.453.

Mit der Erlangung der vollen Bürgerrechte setzte bei Juden eine Wanderbewegung aus den ländlichen Gebieten in die Klein- und später Großstädte ein – auch wegen der angestrebten höheren Schulbildung. Sie ordnet sich ein in die allgemeine Landflucht, die allerdings bei Nichtjuden erst etwas später einsetzte. In Thüringen lebten 1835 lediglich 20 % aller thüringischen Juden in den sechs Städten mit über 10.000 Einwohnern. Doch um 1900 waren es dann rund 70 %, die jetzt in den 18 größeren Städten lebten.

Ein Schlaglicht auf jüdisches Leben im 19. Jahrhundert wirft der Blick auf Hermann (Aron Naftali) Ehrlich (1813–1879). Ehrlich trat 1832 ins Herzogliche Lehrerseminar Hildburghausen ein, wo er u. a. (christliche) Religionslehre studierte. 1836 trat er eine Lehrerstelle bei der jüdischen Gemeinde in Bibra an, über die er sich schon bald bitter in Bittschriften an die Landesregierung beschwerte: Er habe eine »elende Wohnung«, der Schulraum sei nicht beheizbar, er sei zum »Wandeltisch« (d. h. dem Reihum-Essen bei Gemeindegliedern als Teil der Lehrervergütung) gezwungen usw.

Die Gemeinde ihrerseits machte ihm ebenfalls jede Menge Vorwürfe und betrieb die Schulschließung, nachdem ihm das

Herzogliche Konsistorium eine Gehaltserhöhung bewilligt hatte. Ehrlich ließ sich daher 1845 in eine andere Gemeinde versetzen, die ihn mit 175 Gulden jährlich relativ gut bezahlte.

Bürgerrechte und Emanzipation: Kaiserreich (1871–1918)

Ein einziger Satz war es, der die jahrhundertelange Diskriminierung von Juden im Deutschen Reich beendete: »Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben«, so hieß es im Gesetz, das der Reichstag des Norddeutschen Bundes 1869 verabschiedete.

Gleiches hatte 1848 schon die Frankfurter Nationalversammlung beschlossen, doch mit dem Scheitern der Revolution war dieser Beschluss hinfällig gewesen. Das Ende der offiziellen Diskriminierung, auch »jüdische Emanzipation« genannt, brachte den Juden in Deutschland einen ungeheuren Schub an Entfaltungsmöglichkeiten, die sie tatkräftig nutzten. Ab da können sie nicht nur mit vollem Recht »jüdische Deutsche« genannt werden – sie waren es auch in ihrem Selbstverständnis.

Gesellschaft und Migration

Das Kaiserreich war eine preußisch dominierte Monarchie. Zwar gab es mit Reichstag (gewählte Abgeordnete) und Bundesrat (Fürsten der 25 Bundesstaaten) de facto ein Zweikammer-Parlament sowie einen Reichskanzler (u. a. Otto von Bismarck 1871–90). Doch das Amt des Kaisers stand ausschließlich dem König von Preußen zu, der in entscheidenden Bereichen (Außenpolitik, Militär, Entlassungen von Reichskanzler und -beamten, Auflösung von Bundesrat und Reichstag) das alleinige Sagen hatte. Zwar gab es eine Verfassung, aber der fehlte jeglicher Grundrechte-Katalog, sodass Juden

kaum Aussicht auf Erfolg hatten, wenn sie gegen Diskriminierung Klage erhoben.

Eine »Reichsregierung« gab es zunächst nicht, und der Reichstag hatte außer beim Haushalt und beim Verabschieden von Gesetzen kein Mitspracherecht. Teils erbitterte ideologische Streits der Parteien prägten daher die Debatten; zu Kompromiss und Konsens waren die Parteien nur selten bereit, und den Blick auf gesamtstaatliche Belange gab es kaum. Erschwert wurde die Situation auch durch Organisationen wie den »Centralverein Deutscher Industrieller«, den »Bund der Landwirte«, den Deutschen Flottenverein (über 1 Mio. Mitglieder) oder den Alldeutschen Verband, die ab den 1880er-Jahren auf Abgeordnete, Reichskanzler und Verwaltung Einfluss auszuüben versuchten.

Hinzu kam ein ausgeprägter Militarismus, der in der Gesellschaft breit und tief verankert war, und den insbesondere Kaiser Wilhelm II. noch gezielt forcierte: Die Begeisterung für alles Militärische war ebenso ausgeprägt wie das Freund-Feind-Denken, und die Kriegervereine waren in ihrer Gesamtheit die größte Massenorganisation im Kaiserreich.

Die Gesellschaft war stark fragmentiert, und die Milieus scharf abgegrenzt. Katholiken hier, Protestanten da, Christen und Juden, Religiöse und Atheisten: alte Gräben vertieften sich, neue rissen auf. Völkischen Kreisen gelang es, den ohnehin weit verbreiteten Antisemitismus noch zu verschärfen, besonders im akademischen Milieu. Die Thüringer Landesuniversität Jena spielte hier reichsweit eine sehr unrühmliche Rolle.

Interessant ist die Entwicklung der Zahl jüdischer Deutscher. Obwohl sie zwischen 1871 und 1925 um rund 100.000 zunahm, wuchs die Gesamtzahl der Einwohner im Deutschen Reich fast um die Hälfte an, sodass sich ihr – ohnehin marginaler – Bevölkerungsanteil noch weiter verringerte (Zahlen gerundet):

- 1871: 512.000 Juden – Gesamtbevölkerung: 36 Mio. –
Bevölkerungsanteil: 1,4 %
- 1910: 615.000 Juden – Gesamtbevölkerung: 63 Mio. –
Bevölkerungsanteil: 0,9 %

Von den rund 615.000 Juden (1910) stammten rund 90.000 aus Osteuropa. Sie waren zumeist vor den Pogromen geflohen, die ab 1881 nach der Ermordung des russischen Zaren Alexander II. einsetzten und bis 1914 anhielten. Von den deutschen Juden wurden sie mit gemischten Gefühlen aufgenommen: Neben enormer finanzieller, sozialer und politischer Unterstützung gab es auch Ablehnung. Nur selten vermischten sich deutsche und osteuropäische Juden.

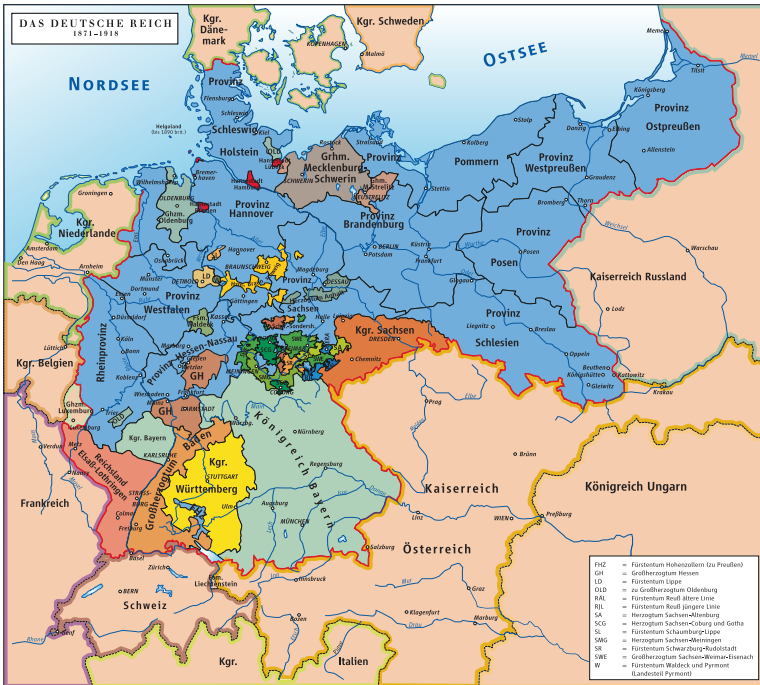
Mit der Reichsgründung wuchs nicht nur die Bevölkerung drastisch an, sondern verließ in großem Ausmaß ländliche Gegenden und Kleinstädte – und damit Landwirtschaft und Kleingewerbe. Viele zog es in die größeren Städte, wobei vor allem junge, gut gebildete Juden diesen Migrationstrend – sehr ausgeprägt auch in Thüringen – ganz klar anführten. Und auch hier wie anderswo ging die Auswanderungsrate nun deutlich zurück.

Die Zahl ausländischer Juden in Deutschland war relativ gering, während zugleich ein Mehrfaches an deutschen Juden auswanderte. Meist ließen sie sich in Großstädten nieder – Erfurt gehörte nicht dazu. Nach Thüringen scheinen vor allem Juden aus Schlesien eingewandert zu sein; genauere Untersuchungen dazu fehlen aber bisher.

Thüringer Besonderheiten

gab es gleich in mehrfacher Hinsicht. Ein »Land Thüringen« gab es bis Anfang 1920 überhaupt nicht, und das Territorium des heutigen Freistaates war – selbst für deutsche Verhältnisse – extrem zersplittert: Die sieben Fürstentümer, aus denen am 01.05.1920 das Land Thüringen entstand (ohne das Thüringische Preußen), bestanden aus 20 größeren Staatsgebieten plus 60 Exklaven.

Diese Zersplitterung behinderte die dringend nötige Industrialisierung und die damit einhergehende Moderne extrem. Beides waren aber Grundelemente des aufstrebenden Bürgertums, mit dem sich das Judentum zunehmend identifizierte.



Wikipedia Ziegelbrenner – Eigenes Werk mittels: Putzger, F. W. (1965) Historischer Weltatlas (89. Aufl.)

Die Thüringer Gebiete im Deutschen Reich 1871–1918.

Für Juden war daher eine Ansiedelung in Thüringen lange Zeit unattraktiv, und das noch aus einem weiteren Grund: Seit den spätmittelalterlichen Pogromen untersagten zahlreiche Fürsten über Jahrhunderte hinweg die (Wieder-)Ansiedlung von Juden auf Thüringer Gebiet – bis auf einige Reichsritter in Südthüringen, und auch die nur aus purer Finanznot.

Die Ansiedlung konzentrierte sich zudem auffallend auf die westliche Hälfte des heutigen Thüringen; hier entstanden 30 der 32 Synagogen, die 1938 zerstört wurden. Östlich der Linie Ilmenau-Erfurt-Sondershausen gab es bis auf Gera und Altenburg nicht eine einzige Synagoge, obwohl um 1890 in Jena 64 Einwohner jüdisch waren.

Ende der Diskriminierung?

Wie bereits erwähnt, war vor der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 die Ansiedelung für Juden extrem erschwert: Fehlende Aufenthaltsrechte, hohe Extrasteuern und ständig drohende Ausweisung behinderten sie massiv darin, sich eine Existenz aufzubauen.

Mit der Erlangung der vollen Bürgerrechte setzte daher eine Wanderbewegung aus ländlichen Gebieten in die Klein- und später Großstädte ein – auch wegen angestrebter höherer Schulbildung. So lebten 1871 rund 70 % der Juden auf dem Lande; 40 Jahre später lebten etwa 70 % der Juden in Großstädten, davon die meisten in Berlin.

Die Diskriminierung jüdischer Deutscher war im Kaiserreich zwar per Gesetz aufgehoben, jedoch: Schule, Universität und Armee verschafften jüdischen Jugendlichen früh die Erkenntnis, Bürger zweiter Klasse zu sein. Und in den Familien bestimmte die Auseinandersetzung mit Antisemitismus die Diskussionen deutlich häufiger als die Frage nach jüdischen Traditionen.

Wirtschaft und Beruf

Viele Juden in Thüringen lebten vor 1869 vor allem vom Vieh- und Kleinhandel. Manche arbeiteten im Kreditwesen (auch als Hofjuden), gelegentlich auch in Manufakturen oder als Ärzte. Wenn Vieh- und Kleinhändler nicht auf dem Lande ansässig blieben (gerade in Südthüringen), stiegen sie in der Stadt oft zum geachteten Ladenbesitzer oder Kaufmann auf. Durch beharrliche Arbeit entwickelten sich »Tante-Emma-Läden« zu größeren Handelsunternehmen, deren Gewinne entweder in die Weiterbildung der Söhne oder in die Geschäftserweiterung gesteckt wurden. Zu ansehnlichem Reichtum gelangten daher nur wenige.

Handelsberufe dominierten auch weiterhin – ein Fakt, den Antisemiten immer wieder für ihre Propaganda nutzten: Nach ihrer Ansicht waren Juden geldgierig, der Handel per se unproduktiv und folglich ausbeuterisch. Doch damit waren die Antisemiten eine kleine (wenn auch laute) Minderheit: Arbeiteten



Sammlung Stadtarchiv Ilmenau, Akte 100897

Vollständig assimiliert: Gustav Grünthal und Frau Henriette geb. Hirsch um 1880. Die Grünthals besaßen ein Uhrmacher- und Goldwarengeschäft in Ilmenau. Ihr Sohn Louis diente im kaiserlichen Garderegiment und fiel am 03.06.1918 an der Front.